

Koalition und Kompromiss als Elemente der Demokratie

Seit der Bundestagswahl im September beschäftigt eine Frage die politische Diskussion: Kommt die schwarz-gelb-grüne Jamaika-Koalition?

Koalitionen sind in der gegenwärtigen politischen Landschaft notwendig, weil sie zur Zeit die einzige Möglichkeit sind, Mehrheiten zur Regierungsbildung zu bekommen.

Bayern mit seiner Mehrheitsregierung ist hier die Ausnahme. Aber auch diese ist gefährdet und deshalb ist bei der CSU die Aufregung über ihre Stimmenverluste bei der Bundestagswahl und ihre Angst, nächstes Jahr im Landtag die absolute Mehrheit zu verlieren, groß.

Während bei einer Einparteiregierung diese eine Partei über vier oder fünf Jahre die Politik des Landes alleine und in ihrem Sinne bestimmt, sind Koalitionsregierungen auf Kompromisse angewiesen. Dabei gilt es aus den unterschiedlichen Parteiprogrammen gemeinsame Ziele zu formulieren, die dann in einem Koalitionsvertrag festgeschrieben werden und für die Legislaturperiode die Grundlage für das politische Handeln vorgeben.

Die Situation und die Arbeitsweise im Stadtrat ist eine grundsätzlich andere. Zwar sind auch hier Parteien, die bundesweit agieren und festgelegte Parteiprogramme haben, vertreten, aber es gibt auch freie und unabhängige Stadratsmitglieder und Gruppierungen (wie die BBV). Das Entscheidende in den meisten Kommunen ist, so auch in Fürstenfeldbruck, dass es im Stadt- beziehungsweise Gemeinderat keine vorher festgelegte Koalition gibt.

Ein weiterer Unterschied zu Landtags- und Bundestagswahlen liegt darin, dass der Oberbürgermeister direkt von den Bürgern gewählt ist. Er ist damit Leiter der Verwaltung und entwickelt mit deren Hilfe seine politischen Vorstellungen und macht Vorgaben für konkrete Projekte, die er durchführen will. Um seine Vorstellungen von einer effektiven, vorausschauenden und zukunftsweisenden Stadtpolitik durchsetzen zu können, ist er auf Mehrheiten angewiesen.

Die aktuelle Sitzverteilung im Stadtrat (CSU 13 + OB 1, BBV 11, SPD 6, Grüne 3, FW 2, Ausschussgemeinschaft FDP/ÖDP 3 – bei Redaktionsschluss –

und AG „Die PARTEI & FREI“ 2) lässt erkennen, dass keine Partei eine Mehrheit hat; andererseits gibt es viele Möglichkeiten, Mehrheiten zu bilden. Es liegt am Geschick und der Argumentation des Oberbürgermeisters, die Mehrheit der Stadträte für anstehende Vorhaben zu gewinnen.

Wie eine gute und positive Stadtratsarbeit aussehen kann, möchte ich an zwei Beispielen aufzeigen.

1. Sportzentrum III:

Seit längerer Zeit haben wir Stadträte über die geplante Sportanlage im Westen an der Cerveteristraße diskutiert, wurden Vorschläge gemacht, Pläne vorgelegt, haben Gespräche stattgefunden und trotzdem bildeten sich zwei Lager.

Auch wir von der BBV haben uns in vielen Sitzungen mit dem Thema beschäftigt. Unser Stadtrat Willi Dräxler hat nach vielen Begegnungen und intensiven Gesprächen mit den Verantwortlichen des TuS und des TSV West gemerkt, dass die vorgelegten Pläne nicht zielführend sind und eine Entscheidung so oder so immer auch Verlierer hätte. In einer

Fraktionssitzung hatte dann unser Bürgermeister Christian Götz die Idee, die Gaststätte und die Umkleiden des TSV West in einen eigenen Bereich abzutrennen. Er hat den Vorschlag dem OB Erich Raff unterbreitet, der dann die Idee weiterverfolgte und die neue Planung jüngst im Fachausschuss vorlegte. Dort wurde sie mit großer Mehrheit beschlossen.

2. Weitere Nutzung des Fliegerhorstes als Erstaufnahmeeinrichtung:

Ausgangspunkt für die Diskussion im Stadtrat am 26./27. September war der Entwurf einer Vereinbarung des Freistaates Bayern mit der Stadt Fürstenfeldbruck (unterzeichnet vom Oberbürgermeister) zur weiteren Nutzung des Fliegerhorstes, die massive Nachteile für die Stadt gehabt hätte. Die lang andauernde, kompetente, aber auch hitzig geführte Diskussion zu dem Thema drohte wieder einmal in einer Kampf Abstimmung zu enden, wobei aber auch klar wurde, dass die Meinungen nicht so weit auseinander lagen. Die entscheidende Wendung brachte der engagierte, fundierte, emotionale Redebeitrag von Frau Dr. Klemenz, der un-

sere Verantwortung für die Menschen, die zu uns kommen, sehr deutlich aufzeigte. Nach einer Unterbrechung der Sitzung des Stadtrates und der damit verbundenen Bedenkzeit einigten sich die Fraktionsvorsitzenden auf einen Beschlussvorschlag, der mit einigen Ergänzungen mit großer Mehrheit beschlossen wurde. Dieser Beschluss ist jetzt die Grundlage für die Verhandlungen von Oberbürgermeister Raff mit dem Freistaat Bayern.

Heribert Prantl hat in der Sendung von Anne Will am 1. Oktober gesagt: „Der Kompromiss gehört zur Demokratie.“ Anders geht es nicht.



Hardy Baumann, BBV